

**Protokoll**

**20. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
vom 18.11.2025, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

**Öffentlicher Teil**

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 2. Vorstellung der Verfahrenslotsin Frau Peich
- 3. Empfehlung über die Neufassung des Betriebsführungsvertrages für Kindertageseinrichtungen 2025/647
- 4. Investitionsbedarf in der Ev.-luth. Kita Lüchow 2025/355
- 5. Übergangsförderung der Beleghebammen des Landkreises Lüchow-Dannenberg 2025/648
- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 10.10.2025: Finanzsituation Hebammen 2025/593
- 6. Produkthaushalt 2026: Budgetbereich Kinder- und Jugendhilfe 2025/652
- 7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 7.1. Quartalsbericht zum 30.09.2025 FD 51
- 7.2. Allgemeine Situation in den Kindertagesstätten (ständiger TOP)

**Nicht öffentlicher Teil**

- 8. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

- KTA Donat, Martin anwesend ab 15:05 Uhr
- KTA Schwidder, Norbert
- KTA Gallei, Matthias Vorsitz
- KTA Petersen, Andreas anwesend bis 16:58 Uhr
- KTA Allgayer-Reetze, Patricia anwesend bis 16:58 Uhr
- KTA Fathmann, Bernard anwesend bis 16:21 Uhr
- KTA Hennings, Matthias
- KTA Himmel, Hanno anwesend bis 16:58 Uhr
- KTA Kretschmer, Sabine anwesend bis 16:58 Uhr
- KTA Peters, Kerstin
- stimmberechtigtes Mitglied Reinhardt, Silke
- stimmberechtigtes Mitglied Harneid, Susanne
- stimmberechtigtes Mitglied Christiansen, Kai
- stimmberechtigtes Mitglied Clasen-Gaß, Heike
- Löwe, Sina Tanimara anwesend ab 15:08 Uhr
- Köhler, Sabine
- Niebuhr, Mathias Kreisjugendpfleger
- Sievers, Martina In der Jugendhilfe erfahrene Sozialpädagogin oder Sozialarbeiterin
- Zipoll, Sabine Erzieherin aus einer Kindertagesstätte
- Landrätin Schulz, Dagmar
- Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
- Hinze, Dörte - Fachgruppenleitung III
- Prystuppa, Kerstin – FGL I
- Dumpe, Katharina - Protokoll
- Peich, Gotlind

Es fehlen:

- KTA Dorendorf, Uwe entschuldigt
- KTA Petersen, Torsten entschuldigt
- stimmberechtigtes Mitglied Fabel, Dorothea
- stimmberechtigtes Mitglied Heins, Andreas entschuldigt

Brownlee, Manuela Vertreter(in) der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher  
Christ, Katharina  
Hauberg, Stefan Vertreter des Kreisjugendringes  
Knop, Daniel, Dr. Familien-, Vormunds- oder Jugendrichter  
Drengemann, Sabine Lehrerin - von der Schulbehörde benannt

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 17:23 Uhr

## Öffentlicher Teil

### **. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der **Vorsitzende Gallei** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### **1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Keine Wortmeldungen.

### **2. Vorstellung der Verfahrenslotsin Frau Peich**

**Gotlind Peich** stellt ihren neuen Aufgabenbereich als Verfahrenslotsin vor. Sie berate junge Menschen, die Leistungen aufgrund einer Behinderung in Anspruch nehmen können. Die Beratung nehme ca. 2/3 ihrer Arbeit ein, sei unabhängig von der Sachbearbeitung der Eingliederungshilfe und als Stabsstelle bei der Fachdienstleitung angegliedert. Frau Peich betont, dass sie grundsätzlich die Interessen der Betroffenen vertrete.

Die Inhalte der Beratung seien vielfältig und beinhalteten die Begleitung bei der Antragsstellung, Aufklärung über zustehende Leistungen, über vorhandene Angebotsstrukturen, Kommunikation mit Krankenkassen uvm.

Der andere Teil ihrer Tätigkeit betreffe die Unterstützung bei der Eingliederung aller beeinträchtigten Kinder in das SGB VIII. Derzeit fielen Kinder bis zum Schulalter in das Aufgabengebiet des FD 57, ab dem Schulalter wechselten die seelisch behinderten Kinder in die Zuständigkeit des SGB VIII, die körperlich und geistig behinderten Kinder blieben in der Zuständigkeit des SGB IX.

Perspektivisch sollen alle Kinder bis zum Erwachsenenalter in die Zuständigkeit des Jugendamtes fallen. Es sei ihre Aufgabe, diesen Prozess vorzubereiten und zu begleiten, Verfahrensabläufe anzupassen und Schnittstellen zwischen dem Sozialamt und dem Jugendamt zu schaffen. Die Stelle sei vorerst befristet bis Ende 2027.

**Herr Christiansen** erkundigt sich, ob es bereits Klarheit über die finanzielle Zuständigkeit gebe.

**Frau Peich** berichtet, dass mit der örtlichen Zuständigkeit auch die finanzielle Hauptverantwortung bei den Kommunen liege. Momentan sei unklar, wie dies zukünftig geregelt werden solle.

Bezüglich der Beratungen könne **Frau Peich** berichten, dass sie seit September bereits 30 Beratungen durchgeführt habe, obgleich das Angebot noch gar nicht bekannt sei. Dementsprechend sei sie zuversichtlich, dass das Beratungsangebot gut angenommen werde.

**LRin Schulz** merkt an, dass es klare Zuweisungen gäbe, welche Finanzen für welche Aufgabenbereiche des SGB gezahlt würden und dass klar zwischen Sozialhilfe und Jugendhilfe unterschieden würde. Es mangle an gesetzlichen Regelungen, wie die Zusammenführung gelingen soll, auch und gerade in Bezug auf die finanzielle Aufteilung. Dies müsse auf Ebene des Landkreistages und der Spitzenverbände thematisiert werden.

Der **Vorsitzende Gallei** fügt hinzu, dass es auch der Auftrag der Fraktionen sei, das Thema zu transportieren. Zudem soll in Absprache mit dem Jugendamt eine erneute Vorstellung der Arbeit im Jugendhilfeausschuss erfolgen, um die Entwicklung der Arbeit darstellen zu können.

## Kenntnis genommen

**3. Empfehlung über die Neufassung des Betriebsführungsvertrages für Kindertageseinrichtungen**

2025/647

**FGL Hinze** stellt die Beschlussvorlage vor und berichtet, dass der Betriebsführungsvertrag in Abstimmung mit den Trägern entstanden sei. Er solle mit allen Trägern neu abgeschlossen werden, nicht nur mit den Kitas, die noch keinen Vertrag hätten.

**KTA Himmel** fragt, welche Bedeutung die Verträge hätten, auch in Hinblick darauf, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt keine Verträge mehr abgeschlossen worden seien. Zudem würde er gerne wissen, seit wann keine Verträge mehr abgeschlossen wurden und wie viele Kitas davon betroffen seien.

**FGL Hinze** berichtet, dass keine Verträge mehr abgeschlossen worden seien, seitdem europaweit ausgeschlossen werde. Dies beträfe die Kitas Kiefen, Trebel, Breselenz und Clenze, Im Grunde sei der Betriebsführungsvertrag entstanden, weil eine rechtliche Grundlage für die Beauftragung des Betriebs einer Kita notwendig gewesen sei. Dies sei nun bereits durch das europaweite Vergabeverfahren gegeben. Im Übrigen hätte es immer eine Öffnungsklausel gegeben, so dass man alles, was nicht vertraglich geregelt gewesen wäre, (im Zweifel rechtlich) hätte klären können.

**Frau Sievers** erkundigt sich nach dem im Anhang befindlichen Konzept "Stark im Kita-Alltag – Pädagogisches Konzept für Fachkräfte". Sie finde das Konzept gut, sei aber erschrocken, dass es bereits in der Kita ein besonderes Konzept für den Umgang mit schwierigen Situationen geben müsse.

**FGL Hinze** berichtet, dass es in letzter Zeit vermehrt Kinder mit verhaltensauffälligem Verhalten in den Kitas gäbe. In diesem Zusammenhang sei auch Frau Peich als Verfahrenslotsin sehr wertvoll. Kein Kind dürfe verloren gehen durch Beurlaubung oder Kündigung. Wenn Kinder bereits in der Kita nicht tragbar seien und es keine Förderung und Unterstützung gäbe, seien die Probleme in der Schule absehbar. Dies sei der Anlass für das Konzept gewesen. Daneben bilde der Landkreis drei Krisen- und KonfliktmanagerInnen aus, um Eltern und Fachkräfte zu unterstützen.

**KTA Donat** findet das Konzept gut. Er schlage vor, dieses auch im Beschluss zu erwähnen, damit es mehr Beachtung finde.

Es ergeht folgende **geänderte Beschlussempfehlung**:

**Die Neufassung des Betriebsführungsvertrages für Kindertageseinrichtungen, Stand Oktober 2025, wird entsprechend der Anlage als Vertrag zwischen dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und den Einrichtungsträgern empfohlen.**

**Der Jugendhilfeausschuss begrüßt ausdrücklich, dass das Konzept "Stark im Kita-Alltag – Pädagogisches Konzept für Fachkräfte" Bestandteil dieser Anlagen ist.**

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

**4. Investitionsbedarf in der Ev.-luth. Kita Lüchow**

2025/355

**FGL Hinze** stellt die Beschlussvorlage vor und berichtet, dass sie soeben von Herrn Runge von der Ev.-luth. Kirchengemeinde die Rückmeldung erhalten habe, dass eine Schuldendienstvereinbarung mit der Kirche doch möglich sei.

**KTA Allgayer-Reetze** merkt an, dass die Gesamtsumme nicht mit den einzelnen Posten übereinstimmen würde. **FGL Hinze** erläutert, dass sie Spielraum für Gebühren und Planungskosten gelassen habe.

Es ergeht folgende **Beschlussempfehlung**:

**Für den Sanierungsbedarf der Ev.-luth. Kindertagesstätte in Lüchow werden Aufwendungen in Höhe von 428.000 Euro genehmigt.**

**Vorbehaltlich der Zustimmung der örtlichen Samtgemeinde Lüchow zur Mitfinanzierung gemäß Jugendhilfe-Vereinbarung trägt der Landkreis gemäß jährlicher Haushaltsplanung das mit dem Landkreis abzustimmende notwendige Betriebskostendefizit für die Sanierungsmaßnahmen.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

**FGL Hinze** stellt die Beschlussvorlage vor. Grundsätzliche Frage sei, ob der Landkreis die finanziellen Einbußen, die den Hebammen durch den neuen Hebammenhilfe-Vertrag entstehen, ausgleichen solle. Es handele sich dabei um freiwillige Ausgaben für einen Bereich, für den der Landkreis nicht zuständig sei. Sollte sich dafür entschieden werden, sei die einzige Möglichkeit, dies aus den Blitzereinnahmen 2025 und aus den Rückstellungen der Blitzereinnahmen vorheriger Jahre zu finanzieren.

Der **Vorsitzende Gallei** berichtet, dass bereits Gespräche mit dem GKV stattfänden, was er als gutes Zeichen werte.

**KTA Schwidder** schlägt vor, das Thema als behandelt weiterzugeben und die Entscheidung erst im Kreistag zu fällen, wenn die Situation bezüglich der laufenden Verhandlungen ggf. besser abschätzbar sei.

**LRin Schulz** teilt auf Nachfrage zur Haltung der Verwaltung mit, dass die Kämmerin auf die Haushaltslage schauen müsse und deshalb der Beschlussvorschlag a) in der Vorlage enthalten sei. Der Vorschlag b) sei aber gemäß den bisherigen Debatten aufgenommen worden.

**Mehrere Mitglieder** des Ausschusses bezweifeln, dass eine Übernahme der Kosten förderlich für die laufenden Verhandlungen mit den Krankenkassen sei, diese könnten sich darauf ausruhen, dass der Landkreis einspringe.

**Diverse Ausschussmitglieder** sprechen sich für den Vorschlag von KTA Schwidder aus, die Entscheidung bis zum KT aufzuschieben. Da vorher ohnehin keine Entscheidung falle, sei dies unschädlich.

**KTA Schwidder erinnert**, dass es sich nur um die Ausfallfinanzierung eines Jahres handele, die kommenden Jahre seien nicht gedeckt.

Aus den Reihen der BesucherInnen wird eine Vertreterin der Hebammen als **anwesende Sachverständige** vom Vorsitzenden Gallei zu Wort gebeten. **Nathalie Mittel** bedankt sich im Namen der Hebammen, dass das Thema Raum in der Politik finde.

Sie teilt mit, dass aktuell keine Verhandlungen stattfänden, es hätte lediglich eine Pressemitteilung mit Anpassungsvorschlägen seitens des GKV gegeben. Inhalt seien Änderungen in Bezug auf die Unterschriftenpflicht bei telefonischer Beratung gewesen und die Lockerung der Bedingungen für die 1:1-Pauschale. Das Hauptproblem, dass die Beleghebammen nur noch 80% des Stundensatzes bekommen sollen, werde darin nicht in Frage gestellt.

Es laufe seit vielen Monaten ein Eilantrag vom Deutschen Hebammenverband, auf den noch nicht reagiert worden sei. Diesbezüglich könne theoretisch einiges passieren. Von der Ablehnung des Eilantrages, über die Neuverhandlung der Bedingungen für die Beleghebammen, bis zum Stop des gesamten neuen Hebammenhilfevertrages sei alles denkbar.

Der Wunsch, die Angelegenheit an die zuständige Stelle zurückzuweisen sei verständlich, aber dort bewege sich nichts, es werde immer nur auf die Selbstverwaltung verwiesen. Inzwischen gebe es erste Kündigungen von Hebammenteams und man hoffe, dass ein Umdenken bei den Krankenkassen stattfinde.

Dies dauere aber für die betroffenen Hebammen zu lange, sie würden bis dahin nicht überleben können.

Der **Vorsitzende Gallei** findet es schwierig, dass es klare Worte der Kämmerin zu dem Thema gebe und die Blitzereinnahmen zudem bereits für andere Dinge eingeplant seien, wo es ebenfalls großen Handlungsbedarf gäbe. Auch kenne er Verhandlungen mit Krankenkassen und halte das Argument der Kämmerin zum Thema Ausfallbürgen für extrem relevant. Sollte sich der Landkreis für eine Ausfallfinanzierung entscheiden, hätte dies auch Auswirkungen auf andere Kommunen. Diese würden für das Vorgehen in Lüchow-Dannenberg kein Verständnis aufbringen.

Der **Vorsitzende Gallei** fügt hinzu, dass das Ganze ein Fass ohne Boden sei. Auch andere Berufsgruppen könnten zukünftig aufgrund von Kürzungen von Krankenkassenleistungen in eine Schieflage geraten und die Hilfe des Landkreises einfordern.

Das Thema zum KA oder zum KT zu verschieben, wo dann vielleicht keine Hebammen mit im Saal säßen, um dann eine schwierige Entscheidung zu treffen, fände er schwierig. Ebenso möchte er klarstellen, dass er ganz eng an der Seite der Hebammen stehe und sich dort auch nicht aufgrund seiner ehrlichen Äußerungen wegschieben lasse. Er würde sich zu dem Thema Klarheit und Wahrheit von der Verwaltungsspitze wünschen.

**LRin Schulz** äußert, dass sie die Sichtweise des Vorsitzenden verstehe, dass es sich hier aber um einen existenziellen Fall handeln würde. Sie hätten heute gehört, dass bereits Hebammen kündigen. Es müsse ein klares Bekenntnis geben, dass der Landkreis die Existenz der Hebammen sichere. Wenn dies nicht getan

werde und die Hebammen wegbrächen, würde man dies nicht so schnell wieder bekommen. Werdende Mütter müssten dann nach Lüneburg oder Salzwedel fahren.  
Es sei eine schwierige Abwägung, gerade im Hinblick auf die Haushaltslage. Trotzdem dürfe man die Lebensrealität der Bevölkerung vor Ort nicht außer Acht lassen und müsse dies zumindest ernsthaft in die Debatte einbringen.

**KTA Schwidder** teilt mit, dass er großen Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen sehe. Im Kreistag müsse dann in jedem Fall Farbe bekannt und eine Entscheidung gefällt werden. Zumindest müsse der Kreistagsbeschluss über die bisher geplante Verwendung der Rückstellungen aus Blitzereinnahmen zurückgenommen werden, sollte man diese anders verwenden wollen.

**KTA Donat** bemerkt, dass zu der Wahrheit auch gehöre, dass die Rückstellungen aus den Blitzereinnahmen nicht die gesamte Summe decken würden, die für die Ausfallfinanzierung benötigt würde. Er sei dankbar für die Haltung der Landrätin, da auch er der Meinung sei, dass man die Hebammen im Landkreis unbedingt halten müsse, auch wenn das haushaltsrechtlich und von der Zuständigkeit nicht richtig sei. Er sei ebenfalls dafür, heute noch keinen Beschluss zu fassen und nochmals in die Beratung zu gehen, auch wenn er aktuell dafür sei, der Finanzierung als einmalige Nothilfe zuzustimmen.

**KTA Himmel** bemerkt, dass man ebenso an die Kliniken herantreten könne, die ja auch ein großes Interesse hätten, die Hebammen zu halten.

Zudem müsste man im Falle einer Finanzierung sehr deutlich machen, wo der Unterschied zwischen Hebammen und anderen Berufsgruppen liege, die zukünftig auch bedürftig sein könnten. Das müsse bei einer Entscheidung mitbedacht und auch argumentiert werden können. Dies sei zusätzlich zu möglichen Konsequenzen für andere Kommunen und für die Verhandlungen mit den Krankenkassen zu bedenken.

Der **Vorsitzende Gallei** stellt abschließend fest, dass alle Argumente gehört wurden und der TOP aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfes als behandelt abgeschlossen wird.

behandelt

<b>5.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 10.10.2025: Finanzsituation Hebammen</b>	2025/593
--	----------

Gemeinsam mit TOP 5 behandelt.

<b>6. Produkthaushalt 2026: Budgetbereich Kinder- und Jugendhilfe</b>	2025/652
---	----------

**EKR Schermuly** führt aus, dass das Budget der Kinder- und Jugendhilfe für 2026 ein Defizit von ca. 34 Millionen Euro betrage, dies sei eine Steigerung zur Planung des diesjährigen Haushaltsjahres um 5 Millionen Euro. Der Haushalt zeige, wie schwierig die Haushaltslage im Landkreis derzeit sei. Es handele sich um Zahlen, die man kaum beeinflussen könne, da es zum größten Teil Pflichtaufgaben seien. Der größte Teil der Steigerungen sei auf den Bereich der Eingliederungshilfen zurückzuführen, dies seien Leistungen, die der Landkreis erfüllen müsse, um seinen Aufgaben gerecht zu werden. Im Moment werde überlegt, wie man sich besser in den Budgetverhandlungen mit den Anbietern positionieren könne und sei dazu im engen Austausch mit dem Controlling. Diesbezüglich gebe es großes Interesse daran, dass die Stelle der Jugendhilfeplanung wieder besetzt werde, da es auch dort viele Ansatzpunkte gebe, in diesem Bereich wirtschaftlicher zu handeln. **EKR Schermuly** stellt klar, dass keine Hilfen gekürzt, sondern durch eine bessere Organisation Kosten eingespart werden sollen.

**FGL Prystuppa** erläutert, dass die individuellen Bedarfe zum Teil nicht mehr durch die klassischen Hilfen abgedeckt werden könnten. Solche Fälle seien dann sehr kostenintensiv, weil sie individuell zugeschnitten würden. Alle Träger seien gefragt, sich diesbezüglich neu aufzustellen und neue Konzepte zu erarbeiten. Derzeit gebe es Fälle, die den Landkreis monatlich hohe fünfstellige Beträge kosteten und es gebe keine Alternativen dazu. Teilweise werde bundesweit mit 40 bis 50 unterschiedlichen Einrichtungen verhandelt, ob ein Kind mit seinen speziellen Bedarfen aufgenommen wird. Was es für Angebote brauche und wie diese umgesetzt und finanziert werden können, müsse gemeinsam mit den Trägern und mit der Jugendhilfeplanungsgruppe erarbeitet werden.

**Frau Reinhardt** bestätigt, dass der Landkreis diesbezüglich auf sie zugekommen sei. Für den Bereich Eingliederungshilfe/Schulbegleitung sei für Freitag ein Dialog geplant, um gemeinsam zu schauen, wie man sich anders aufstellen könne. Wie bereits von Herrn Schermuly dargestellt, sei von Seiten des Landkreises deutlich gemacht worden, dass es um eine gemeinsame Lösungssuche und nicht um Einsparungen von Hilfen gehe. Sie sei gespannt und freue sich auf die gemeinsame Planung.

**EKR Schermuly** berichtet auf Nachfrage des Vorsitzenden Gallei, dass die Ausschreibung für die

Jugendhilfeplanung nicht erfolgreich gewesen sei und die Stelle erneut ausgeschrieben werde. Man wolle die Ausschreibung nun auch für SozialpädagogInnen öffnen und erhoffe sich dadurch mehr Bewerbungen.

Der **Vorsitzende Gallei** fragt, wie sich die unbesetzten 9,1 VZÄ im Bereich Kinder- und Jugendhilfe zusammensetzen würden, in die ja auch die unbesetzte Stelle der Jugendhilfeplanung miteinfließe. Von 56 Sollstellen seien 9,1 Stellen nicht besetzt, dies wirke sich sicherlich auch auf die Leistungsfähigkeit aus.

**EKR Schermuly** berichtet, dass es im ASD offene Stellenanteile gäbe. Im Frühjahr 2025 seien alle Stellen besetzt gewesen, wobei die neuen Mitarbeitenden zunächst Einarbeitungszeit bräuchten. Dann seien KollegInnen aus dem ASD in die Eingliederungshilfe umgesetzt worden, um dortige Personalengpässe auszugleichen. Zusätzlich sei Frau Peich von der Eingliederungshilfe auf die Stelle der Verfahrenslotsin gewechselt.

Eigentlich seien die Fachgruppenleitungen des ASD derzeit zufrieden mit der Besetzung, es gäbe aber immer wieder Ausfälle aufgrund von Elternzeit und Langzeiterkrankten. Diesbezüglich werde wieder ausgeschrieben, um einen gewissen Pool zum Ausgleich zu haben. Im Bereich der Vormundschaften habe es ebenfalls neue Einstellungen gegeben, so dass sich die Situation auch dort verbessere. Aktuell sei in der Eingliederungshilfe aber auch noch sehr viel aufzuarbeiten.

**FGL Hinze** berichtet, dass in ihrem Bereich grundsätzlich alle Stellen besetzt seien, es durch KollegInnen, die nicht Vollzeit arbeiteten, aber eine Vollzeitstelle abdeckten aber insgesamt zu ca. 1,09 unbesetzten Stellen komme. **FGL Prystuppa** berichtet für ihren Bereich ähnliches. Die 9 unbesetzten VZÄ setzten sich aus allen Bereichen zusammen (Sachbearbeitung, Assistenz, ASD, etc.).

Der **Vorsitzende Gallei** bemerkt, dass die Lücke zwischen ca. 46 besetzten und 56 vorgesehenen Stellen ziemlich groß sei. Er wünsche sich eine schriftliche Darstellung, wie sich die 9,1 unbesetzten VZÄ genau zusammensetzen, damit man sich ein genaueres Bild machen könne.

Es ergeht folgende **Beschlussempfehlung**:

**Für das Haushaltsjahr 2026 werden folgende Planzahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:**

	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Defizit</b>
Produkt 34101 <b>Unterhaltungsvorschussleistungen</b>	2.996.900 €	3.194.100 €	- 197.200 €
Produkt 36101 <b>Kindertagesbetreuung</b>	451.900 €	892.400 €	- 440.500 €
Produkt 36201 <b>Kinder-/Jugendförderung u. -schutz</b>	203.100 €	632.100 €	- 429.000 €
Produkt 36301 <b>Erziehungs- u. Eingliederungshilfen</b>	4.229.500 €	22.156.600 €	- 17.927.100 €
Produkt 36302 <b>Beistandschaften, Pflegschaften, Vormundschaften</b>	4.600 €	587.700 €	- 583.100 €
Produkt 36303 <b>Frühe Hilfen / Bundeskinderschutzgesetz</b>	65.200 €	334.600 €	- 269.400 €
Produkt 36501 <b>Tageseinrichtungen für Kinder</b>	3.575.400 €	17.598.200 €	- 14.022.800 €
Produkt 36601 <b>Jugendfreizeitanlage Meudelfitz</b>	0 €	5.200 €	- 5.200 €
Produkt 42101 <b>Sportförderung</b>	0 €	35.900 €	-35.900 €
<b>Budget gesamt</b>	<b>11.526.600 €</b>	<b>45.436.800 €</b>	<b>- 33.910.200 €</b>

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

**7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnismnahmen**

**Der Vorsitzende Gallei** berichtet, dass mit Manuela Kastrup eine neue Jugendamtsleitung gefunden wurde. **EKR Schermuly** ergänzt, dass Frau Kastrup die neue Stelle zum 05. Januar 2026 antreten werde.

**FGL Hinze** weist darauf hin, dass dem Fachdienst 51 ein Antrag von Violetta auf ergänzende Finanzierung zwecks Personalaufstockung ab 2026 vorliege. Da der Antrag noch nicht entscheidungsreif aufbereitet werden konnte, werde eine Entscheidung als Beschlussfassung für die nächste Sitzung vorbereitet. Es

handele sich um freiwillige Ausgaben, die einen transparenten Sachverhalt erfordern.

Kenntnis genommen

#### 7.1. Quartalsbericht zum 30.09.2025 FD 51

**FGL Hinze erläutert**, dass eine Berichtigung auf Seite 12 zum Produkt 36101 Kindertagesbetreuung der Fachgruppe III erfolgen müsse. Die Zahlung der Sprachförderung für das 1. Halbjahr 2026 sei bereits im Haushaltsjahr 2025 erfolgt, werde jedoch erst im Haushaltsjahr 2026 verbucht. Die Haushaltsmittel sind in entsprechender Höhe im Haushalt 2026 eingeplant. Insoweit ist keine Ergebnisverschlechterung für das laufende Haushaltsjahr in benannter Größenordnung zu erwarten.

Kenntnis genommen

#### 7.2. Allgemeine Situation in den Kindertagesstätten (ständiger TOP)

**FGL Hinze** teilt zum Sachstand der Kita-Neubauten mit, dass für die Standorte Schnega und Schweskau Dank Unterstützung einer fachlich versierten Kollegin des Bauamtes ein Lageplan, ein Grundriss und das Leistungsverzeichnis erstellt wurde. Die Dokumente wurden allen Beteiligten im Entwurf übersandt. Nach Prüfung und Rückmeldungen werde Anfang des Jahres die Ausschreibung über das Büro BBG & Partner erfolgen können.

Kenntnis genommen

### Nichtöffentlicher Teil

#### 8. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Entfällt.

#### 9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Entfällt.

**Vorsitzender Gallei** bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

Gallei

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

Dumpe

\_\_\_\_\_  
Protokollführung